



Jürgen Peters

Erster Vorsitzender der IG Metall

Ein Europa für die Menschen und nicht für die Märkte –
Anforderungen an ein soziales Europa

Otto-Brenner-Jahrestagung

8. bis 9. November 2006, Berlin

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst darf auch ich alle Anwesenden recht herzlich zur Jahrestagung 2006 der Otto Brenner Stiftung begrüßen.

Wir freuen uns sehr über das große Interesse, dass diese Tagung gefunden hat.

Wir werten dies durchaus als Anerkennung der Arbeit der Otto-Brenner-Stiftung und als Beleg für die Aktualität des diesjährigen Themas.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Interessenvertretungspolitik über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus begleitet die Gewerkschaften seit ihren frühen Jahren.

Es ist so etwas wie ein Selbstverständnis.

Es war „die **Internationale**“, die das Menschenrecht erkämpfen sollte, und es waren die „Proletarier **aller Länder**“, die sich vereinigen sollten.

Programmatisch und kulturell sind die Gewerkschaften dem Gedanken des Internationalismus also seit jeher verbunden.

Aber das ist auch heute leichter gesagt als getan.

Die Menschen verbinden mit den Begriffen wie Europäisierung und Globalisierung zumeist Sorgen und Ängste um ihre Zukunft.

Globalisierung klingt für viele nach Standortverlagerungen, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, und Europa nach Bürokratie und Marktliberalisierung.

Sicher: das ist nicht das ganze Bild, es sind nur Ausschnitte der Wirklichkeit.

Aber wer nicht *für*, sondern gemeinsam *mit* den Menschen die Zukunft gestalten will, der muss sie dort abholen, wo sie stehen.

Der darf nicht die Selbstbeschreibung Europas durch die offiziellen Festansprachen und Dokumente zum Ausgangspunkt nehmen.

Der muss an den Ängsten und Zweifeln der Menschen ansetzen.

Nicht um sie zu verstärken, sondern um Europa auf einen Pfad zu führen, der auf die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger trifft.

Die deutschen Gewerkschaften haben das Projekt Europa von Beginn an unterstützt und wollen dies auch in Zukunft tun.

Der Rückfall in einen engstirnigen Nationalismus wäre das Gegenteil von dem, was wir heute brauchen.

Gerade deshalb müssen wir uns der Wirklichkeit stellen.

Der aktuelle Zustand der Europäischen Einigung erfüllt mich als bekennenden Europäer mit Sorge.

Das 'Nein' zum Verfassungsentwurf in Frankreich und den Niederlanden brachte zum Ausdruck, wie tief die Krise ist, in die sich die Europäische Union hineinmanövriert hat.

Weiter Anzeichen kommen hinzu:

Der sogenannte Kok-Bericht belegt, dass Europa weit davon entfernt ist, die Ziel der Lissabonner Strategie zu erreichen.

Weder reichte das Wirtschaftswachstum noch die Produktivitätsentwicklung.

Von einer höheren Beschäftigungsquote bei weiblichen und älteren Arbeitnehmern und durchschlagenden Erfolgen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ganz zu schweigen.

Nicht viel besser sieht es bei der Arbeit an einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik aus.

Und schließlich erwecken viele politische Debatten den Eindruck, als hätte die alte westliche Union die Erweiterung um die südosteuropäischen Staaten noch nicht richtig verarbeitet.

Und als sei sie eher ratlos mit Blick auf die Vehemenz, mit der bereits weitere Staaten an die europäische Türe klopfen.

Die EU-Kommission hat sich – in Reaktion auf alle diese Schwierigkeiten - selbst eine Denkpause, eine Phase der Reflektion verordnet.

Das ist gut so!

Doch bisher entpuppte sich diese Denkpause als eine Zeit des Aussitzens.

Zu viel ist mir bislang von Vermittlungsproblemen gesprochen worden.

Es geht aber nicht um ein besseres Marketing.

Es geht um reale Probleme.

Sie müssen nicht besser vermittelt, sondern endlich gelöst werden.

Nehmen wir die wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Mit der Lissabonstrategie machte sich die EU vor 6 Jahren auf, bis zum Jahr 2010 zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden.

Das Ziel war anspruchsvoll, die Ergebnisse sind ausgesprochen mager.

Dies liegt vor allem an einer verfehlten wirtschaftspolitischen Orientierung.

Die Ideologie scheint über den ökonomischen Sachverstand zu triumphieren.

Mehr denn je fokussieren die EU-Institutionen wie die Nationalstaaten im Rahmen des Euro-Finanzregimes auf wirtschaftsliberale Konzepte:

Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Privatisierung öffentlicher Güter (koste es was es wolle!) und eine angebotensorientierte Wirtschaftspolitik - das sind die Leitsätze, die uns nun wahrlich nicht begeistern.

Die Bedeutung der Massenkaukraft, von öffentlichen Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie die Wichtigkeit sozialer Sicherheit für wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen tauchen zwar noch in einigen Dokumenten auf – aus der politischen Praxis sind sie aber geradezu eliminiert!

Wenn einige Politiker über Europa reden, reden sie ausschließlich über Wettbewerb.

Es sei denn, unter den Zuhörern befinden sich Gewerkschafter.
Dann wird über Wettbewerb und Beschäftigung geredet.

Mit diesen ökonomischen Defiziten sind soziale Konflikte zunehmend verbunden.

In den letzten Jahren ist Europa bei der Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung kaum vorangekommen.

In nahezu allen Ländern Europas ist eine Prekarisierung der Arbeit zu beobachten.

Europaweit stehen öffentliche Leistungen unter Privatisierungsdruck.

Es lassen sich nahezu unendlich viele Beispiele für die sozialen Verwerfungen in Europa finden.

Der Blick auf die Pariser Vorstädte führt uns vor Augen, welche soziale Sprengkraft gesellschaftliche Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit beinhalten.

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass es EU-Bürger erster, zweiter und dritter Klasse gibt.

Dies gilt sowohl für die soziale Lage innerhalb eines Landes als auch zwischen den Ländern der europäischen Union.

Ich will nicht schwarz in schwarz malen und reale Fortschritte in einigen Beitrittsstaaten übersehen.

Aber von einer systematischen Strategie, wie die wirtschaftliche und soziale Annäherung zwischen Ost und West als gemeinsame Aufgabe gemeistert werden könnte, sind wir weit entfernt.

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme und Konflikte finden schließlich ihren Ausdruck in der Identitätskrise der Europäischen Union.

Heute verfügt Europa nicht über ein Leitbild seiner künftigen Entwicklung.

Oder anders formuliert: es mag in den Einzelstaaten europapolitische Strategien für die nächsten Jahre geben.

Aber Europa als politische Einheit weiß heute weniger den je, wohin es will.

Immer noch dominiert die Vorstellung vom europäischen Markt als Kern des ganzen Projektes.

Aber das reicht nicht mehr, das stiftet weniger denn je den notwendigen Zusammenhalt.

Pierre Bourdieu hat bereits auf der Otto-Brenner-Jahrestagung im Jahr 2000 eine sehr sachkundige und klare Kritik am damals sogenannten „Modell Tietmeyer“ formuliert.

Er plädierte gegen eine Unterwerfung Europas unter die neoliberalen Theorien, die der damalige Bundesbankpräsident verkörperte.

Doch seine Warnrufe nach mehr sozialer Regulierung und mehr Beteiligung verhallten ungehört.

Auch dafür erhalten wir heute die Rechnung.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Europa steht heute an einer zentralen Weggabelung.

Es geht um nichts weniger als um die strategische Entscheidung von historischer Bedeutung.

Entweder es folgt dem eingeschlagenen Weg.

Das liefe auf die Fortführung des markt- und eliteorientierten Europas hinaus.

Dieser Weg würde unweigerlich mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise einhergehen.

Der Preis wäre sehr hoch.

Die Folgen wären ein weiterer Vertrauensverlust bei den Menschen und vermutlich auch ein Anstieg sozialer Konflikte und politischer Spannungen.

Und nicht zuletzt: Das Gefühl der Ohnmacht und der Einflusslosigkeit unter den Bürgerinnen und Bürgern würde sich weiter vertiefen.

Kein Europäer kann ein Interesse daran haben.

Der zweite Weg setzt die Kraft und die Bereitschaft zu einer Neuorientierung in der Europapolitik voraus.

Er setzt an den beiden Kerndefiziten des bisherigen Modellsmodells an: der unterentwickelten sozialen Dimension und der Demokratielücke.

Die Leitlinien einer solchen Strategie heißen: mehr soziale Sicherheit und Verantwortung - und mehr Beteiligung und Demokratie.

Ich sage: Die Menschen müssen spüren, dass ein sozial und demokratisch erneuertes Europa keine Bedrohung darstellt, sondern einen positiven Beitrag dazu leisten kann, ihren Problemen und Sorgen im Alltag entgegen zu wirken.

Noch sagt eine Mehrheit `Ja´ zur Idee des vereinten Europas.

Nutzen wir diese Zustimmung, verspielen wir diesen Kredit nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir sind der Auffassung, dass sich die aufgezeigten Anforderungen in einem neuen politischen Projekt für Europa bündeln lassen.

Solche Projekte haben die Europäische Einigung immer geprägt und vorangetrieben.

Ob Europäisches Währungssystem, Gemeinsamer Binnenmarkt oder der Euro – stets waren es Großprojekte dieser Art, die eine integrierende Kraft entfalteten.

Und die alle Mitgliedstaaten dazu bewegte, an einem europäischen Strick zu ziehen.

Die Frage also lautet: was könnte das nächste europäische Großprojekt sein?

Welches gemeinsame Vorhaben könnte erneut und für die vor uns liegende, schwierige Phase die notwendige integrierende Kraft entwickeln?

Wir schlagen vor, die reformpolitische Erneuerung des Europäischen Sozialmodells als ein solches Projekt auf die politische Agenda zu setzen.

Sicher: Oft wird vom europäischen Sozialmodell gesprochen und nicht immer ist deutlich, was darunter zu verstehen ist.

Aber dieses Problem ließe sich lösen.

Richtig ist: Die Vielfalt der Sozialstaaten innerhalb der EU ist groß.

Und dennoch gibt es einen verbindenden Konsens.

Dieser Konsens besteht in einer historischen Erfahrung, aus der die Grundidee der europäischen Sozialstaaten entwickelt wurde.

Sie lautet: Der Markt ist ein äußerst leistungsfähiger Mechanismus zur Koordinierung wirtschaftlicher Aktivitäten – der produktivste, den wir kennen.

Aber mit einer gerechten Verteilung der Wertschöpfung ist er heillos überfordert.

Dazu braucht es Ergänzungen und Korrekturen durch eine demokratisch legitimierte Politik.

Diese Ergänzungs- und Korrekturaufgaben nimmt in Europa der Sozialstaat und seine Institutionen wahr – wie unterschiedlich die historischen Ursprünge, die sozialen Systeme und Kulturen auch sein mögen.

Die zentralen Institutionen des europäischen Sozialstaates sind starke Gewerkschaften, Mitbestimmung und Tarifautonomie, umfassende Systeme des Sozialschutzes sowie ein verteilungs- und beschäftigungspolitisch aktiver Staat.

Das ist die Basis des Europäischen Sozialmodells – und auf der gilt es aufzubauen, wenn wir dieses Modell auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts einstellen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Vorschlag, die solidarische Erneuerung des Europäischen Sozialmodells als neues, identitätsstiftenden Projekt für die nächste Entwicklungsphase zu vereinbaren, ist nicht revolutionär.

Es ist nicht einmal gänzlich neu.

Wir haben diesen Vorschlag bereits im Zusammenhang mit der Erweiterung der EU unterbreitet, die am 1. Mai 2004 startete.

Und die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Appell zur Stärkung der sozialen Dimension zur Kongressroutine verkommt – und deshalb folgenlos verhallt.

Und dennoch: Gerade weil sich die Erkenntnis durchsetzt, dass Europa auf dem bisherigen Weg nicht in eine gute Zukunft zu führen ist;

und weil die gemeinsame Suche nach einer neuen Identität an Ernsthaftigkeit gewinnt;

gerade deshalb wollen wir diesen Vorschlag in die Debatte einbringen.

Die Geschichte Europas zeigt:

Wenn Europa sich auf eine gemeinsame historische Aufgabe verständigt hat, ist auch dieser „bunte Haufen“ in der Lage, Berge zu versetzen.

Einen gemeinsamen Markt zu schaffen, sich eine gemeinsame Währung zu geben und eine ganze Region zu integrieren, die jahrzehntelang als Gegner galt - alles das gelang!

Sollte da die gemeinsame Arbeit an einem solidarischen Entwicklungsmodell für Europa nicht möglich sein?

Wir meinen: Das ist möglich – und nötig!

Wenn das Europäische Sozialmodell mit der gleichen Entschlossenheit angepackt würde wie die bisherigen wirtschaftlichen Projekte, dann wäre auch diese Aufgabe zu meistern.

Die anstehende EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands bietet eine gute Gelegenheit, erste Anstöße zu geben.

Das könnte im Rahmen der ohnehin geplanten Initiative für eine Europäische Verfassung geschehen.

Der DGB hat jüngst vorgeschlagen, die Europawahl 2009 mit der Wahl zu einer verfassungsgebenden Versammlung zu verbinden.

Danach sollte in einer europaweiten Volksabstimmung über die neue Verfassung abgestimmt werden.

Dies halte ich für eine interessante Idee.

Aber klar ist auch: Der vorliegende Entwurf, der in Frankreich und den Niederlande durchgefallen ist, muss überarbeitet werden.

Vor allem müssen die neoliberalen Vorgaben in der Wirtschafts- und Finanzpolitik durch eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Grundausrichtung ersetzt werden.

Und Beteiligung und Sozialstaatlichkeit müssen als Leitlinien deutlich aufgewertet werden.

Der Sozialstaats-Auftrag des Grundgesetzes könnte hier als Orientierungsrahmen dienen.

Die Formulierung vom „sozialen und demokratischen Rechtsstaat“ (Artikel 28 GG) ist natürlich nicht eins zu eins auf die Europäische Ebene übertragbar.

Doch normativ bringt sie prägnant wichtige Werte des Europäischen Sozialmodells zum Ausdruck.

Natürlich wären auch Anleihen etwa an der skandinavischen Tradition eines solidarischen Wohlfahrtsstaates möglich.

Entscheidend ist nicht das Herkunftsland.

Entscheidend ist das Signal, dass Europa in der anstehenden Entwicklungsphase die sozialen Lebensinteressen der Menschen – in Ost und West – in den Mittelpunkt stellen will.

Für eine solche Initiative braucht es aktive Mitstreiter, die einen langen Atem haben.

Denn eine solche, vor allem an sozialen Kriterien ausgerichtete Entwicklung würde einen anderen Entwicklungspfad für Europa bedeuten.

Aber vor allem braucht es konkrete und machbare Konzepte.

Es geht um mittelfristige politische Ziele und um Umsetzungsstrategien.

Ich möchte im Folgenden einige Handlungsfelder und politische Strategien benennen, die Schritte in Richtung einer neuen Europäischen Sozialunion bedeuten würden.

Und die zugleich die Stützpfeiler des Erneueren Europäischen Sozialmodells skizzieren.

Wachstums- und Beschäftigungspolitik

Die solidarische Erneuerung Europas entscheidet sich nicht zuletzt auf dem Feld der Ökonomie.

Die IG Metall steht für eine Politik des ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstums.

Wir dürfen uns weder mit 18 Millionen Arbeitslosen noch mit dem bestehen West-Ost- und Nord-Süd-Gefälle in Europa abfinden.

Die Arbeitslosigkeit muss in ganz Europa überwunden werden.

Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen sind hier wichtige Voraussetzungen.

Vor allem aber muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt genau wie die Geldpolitik auf dieses Ziel ausgerichtet werden.

Zugleich ist eine koordinierte und aktive Struktur- und Industriepolitik unverzichtbar.

Es geht um die Verbindung zweier Ziele.

Zum einen muss die industrielle Produktion und die Beschäftigung in den entwickelten Regionen stabilisiert werden.

Zum zweiten muss der industrielle Aufholprozess in den neuen EU-Ländern gefördert werden.

Zusammenfassend muss in der europäischen Wirtschaftspolitik deutlich werden: Die Wirtschaft in Europa ist für den Menschen da und nicht umgekehrt.

Tarifpolitik in Europa

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

das zweite wichtige Handlungsfeld ist die „europäische Tarifpolitik“.

Innerhalb des einheitlichen Währungsraums gibt es nicht die Möglichkeit zur Auf- oder Abwertung der eigenen Währung.

Entsprechend steigt die Notwendigkeit für eine europaweite Koordinierung der Tarifpolitik, um Tarifdumping zu vermeiden.

Wir Metallgewerkschaften haben uns auf eine Koordinierungsregel in Europa verständigt.

Die Lohnabschlüsse in den einzelnen Ländern sollen nicht unterhalb des Volumens aus Preissteigerungs- Produktivitätswachstums bleiben.

Dieser verteilungsneutrale Spielraum soll in jedem Land ausgeschöpft werden.

In der Metallindustrie sind wir auf einem guten Weg.

Deutschland insgesamt hat aber bei der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung eine Sonderrolle.

Gesamtwirtschaftlich haben wir in den letzten Jahren eine negative Verteilungsbilanz vorzuweisen.

In anderen Ländern sind die Löhne stärker gestiegen.

Gerade im einheitlichen Währungsraum bleibt die Zurückhaltung in Deutschland nicht ohne Folgen für die anderen Länder.

Auf gut deutsch: es entsteht Dumping-Druck!

Wir müssen deshalb unsere Anstrengungen zur Ausschöpfung des einkommenspolitischen Spielraumes verstärken.

Dies gilt für einzelne Branchen und besonders für die gesamte Wirtschaft.

Im Ergebnis brauchen wir in Deutschland höhere Löhne!

Aber nicht nur Löhne, auch andere wichtige Themen der Tarifpolitik müssen in Europa aufgegriffen werden

Etwa Themen wie Qualität der Arbeit, Arbeitszeiten und Qualifizierungsrechte.

Doch auch hier scheinen auf absehbare Zeit Strategien einer offenen Koordinierung erfolgversprechender als die Suche nach europaweiten Tarifverträgen.

Europäische Tarifverträge setzen entsprechende Arbeitgeberverbände voraus, die verhandlungsbereit und abschlussfähig sind.

Bisher sehe ich hier aber vor allem eine Blockadehaltung.

Vor allem daran ist bisher auch der Soziale Dialog gescheitert.

Da liegt noch eine Menge Arbeit vor uns.

Betriebspolitik in Europa

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

neben der Tarifpolitik ist die Betriebspolitik ein weiteres zentrales Politikfeld der Gewerkschaften.

Wir sollten „Betriebspolitik und Mitbestimmung in Europa“ als dritten zentrale Stützpfeiler des europäischen Sozialmodells betrachten.

Wir stehen für ein demokratisches Europa.

Wir sagen `Ja´ zur aktiven Mitbestimmung und zur demokratischen Gestaltung der Wirtschaft.

Dies reicht von der Mitbestimmung am Arbeitsplatz bis zur Wirtschaftsdemokratie.

In Deutschland haben sich die Gegner der Mitbestimmung klar positioniert.

Vom "historischem Irrtum" ist da die Rede.

Sie versuchen über das Vehikel der „Europäisierung“ die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und Gewerkschaften in Deutschland einzuschränken.

Solche Angriffe können wir nur dann erfolgreich abwehren, wenn wir offensiv auftreten.

Dabei gilt es, Widerstand gegen rückwärtsgewandte Angriffe auf Arbeitnehmerrechte durch eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung in Europa zu stärken.

Beides tun wir – in Kommissionen und in der betrieblichen Praxis.

Ein gutes Praxisbeispiel für grenzüberschreitende, betriebliche Mitbestimmung sind die Europäischen Betriebsräte.

Allerdings verfügen erst rund ein Drittel der EBR-fähigen Unternehmen über einen Eurobetriebsrat.

Hier haben wir einen großen Nachholbedarf.

Vor allem in betrieblichen Krisensituationen zeigt sich: die Informations- und Anhörungsrechte des Europäischen Betriebsrates sind bislang unzureichend.

Die Revision der Richtlinie zu Europäischen Betriebsräten ist unverzichtbar.

Der Geltungsbereich des Europäischen Betriebsrates muss erweitert und die Arbeitsgrundlagen verbessert werden.

Schönheitswettbewerbe zwischen Standorten innerhalb von einzelnen Unternehmen gehören heute zum europäischen Alltag.

Hier brauchen wir starke Interessenvertretungen, die mit den Vorständen auf Augenhöhen verhandeln können.

Der Ausbau der Rechte und die kontinuierliche europäische Vernetzung von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen sind hier wichtige Zukunftsaufgaben.

Europäische Sozialpolitik

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ein erneuertes Europäisches Sozialmodell weiß sich dem Ziel einer Annäherung der Lebensverhältnisse in Europa verpflichtet.

Bedingung hierfür ist, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen auf hohem Niveau anzugleichen.

Vor allem zwischen Ost und West klafft hier noch eine große Lücke.

Heute kommt jeder Sechste EU-Bürger aus einem der 2004 beigetretenen Länder, allerdings werden dort nur rund 5 Prozent der Wirtschaftsleistung erbracht.

Diese Spaltung muss überwunden werden.

Gleichwohl führt dies zu schwierigen Diskussionen über eine gerechte Arbeitsteilung in Europa.

Gewerkschaften stehen im Spannungsfeld des „Kampfes für den Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes“ und dem Ziel „gleicher Entwicklungschancen für alle Regionen“.

Die Auseinandersetzung beispielsweise bei General Motors gibt uns einige wichtige Hinweise.

Die kontinuierliche Vernetzung der betrieblichen Interessenvertretungen ist die Voraussetzung dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Klar ist, dass nicht jede Investition in Deutschland durchgeführt werden kann.

Es ist aber auch nicht hinnehmbar, dass Unternehmen minimale Kostenunterschiede ausnutzen und über Nacht Standorte dicht machen.

Die von der IG Metall vorgeschlagene Verlagerungsabgabe kann helfen, vor allem kurzfristig angelegte Dumping-Verlagerungen betriebswirtschaftlich unattraktiver zu machen, die gesellschaftlichen Folgekosten von Verlagerungen abzumildern und den potenziellen Verlierern solcher Standortwettbewerbe eine neue Perspektive etwa durch Ersatzarbeitsplätze zu eröffnen.

Bislang sind aber nicht nur die regionalwirtschaftlichen, sondern vor allem auch die sozialpolitischen Anstrengungen in Europa unzureichend und halbherzig.

Das ist unverantwortlich.

Wer ohne ideologische Verblendung auf Europa schaut, muss zugestehen:

Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum mit so großen Unterschieden bezüglich Wachstum, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsentwicklung braucht umfassende sozialpolitische Regulierungen.

Er braucht eine intensive politische Begleitung der allmählichen Annäherung der Wirtschaftskraft zwischen Ost und West und zwischen Nord und Süd.

Und er braucht ein verlässliches Fundament an sozialen Grundrechten und Mindeststandards.

Ansonsten wären kaum überbrückbare sozialen Spaltungen innerhalb Europas vorprogrammiert.

Die IG Metall plädiert deshalb für einen sozialen Stabilitätspakt.

Dieser soziale Stabilitätspakt soll Mindestbedingungen festschreiben und den unterschiedlichen Ausgangssituationen in den alten und den neuen EU-Ländern Rechnung tragen.

Heute ist in Europa zu beobachten, dass in den Ländern mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen und größerer Wirtschaftskraft auch höhere Sozialstaatsquote möglich sind.

Offenbar besteht ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftskraft und Sozialstaatlichkeit.

Hier wäre es möglich, dass Länder mit einer ähnlichen Wirtschaftskraft sich auf ähnliche Sozialniveaus verständigen könnten.

Entsprechende Sozialleistungsquoten könnten dann im Rahmen offener Koordinierungsverfahren als Orientierungspunkte dienen.

Das würde einen Schutz vor einer Überforderung schwacher Volkswirtschaften bedeuten und zugleich einen gewissen Anspruch an ein soziales Sicherungsniveau verbindlich festschreiben.

Aber: Öffentliche Standards als Basis eines Europäischen Sozialmodells müssen auch solidarisch finanziert werden.

Dazu muss der Wettlauf bei der Senkung der Unternehmenssteuern endlich gestoppt werden.

Dazu haben wir vorgeschlagen, in allen europäischen Ländern:

- gleiche Regeln mit Blick auf Steuerbemessungsgrundlagen zu vereinbaren;
- die Mindeststeuersätze anzugleichen;
- und auf dieser Basis Steuertarife vorzusehen, die den Staaten hinreichende Einnahmen ermöglichen und zugleich die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den Staaten berücksichtigen.

So könnte Steuerdumping begegnet und die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden.

Regulierung der Finanzmärkte

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Schließlich möchte ich auf die Notwendigkeit verweisen, auch die Finanzmärkte entsprechend der Notwendigkeiten eines erneuerten Europäischen Sozialmodells zu gestalten.

Soziales darf nicht als Restgröße der Ökonomie verstanden werden – schon gar nicht der Finanzökonomie.

Europa ist eine der größten und stärksten Wirtschaftsregionen der Welt.

Es ist zentraler Player, und kein hilfloser Spielball der Globalisierung.

Europa kann und sollte sein wirtschaftliches Potential zur Gestaltung der Güter- und Finanzmärkte nutzen.

Wir spüren es jeden Tag: transnationale Konzerne und Finanzmarktakteure haben an Macht gewonnen.

Sowohl gegenüber Belegschaften als auch gegenüber den Staaten.

Heute gibt vor allem der Finanzmarkt den Ton an.

Oftmals sind es die Hedge- und Private-Equity-Fonds, die das Management auf hohe Rendite einstimmen und Staaten erpressen.

Der Aktienkurs wird zur entscheidenden Größe der Unternehmenssteuerung.

Allzu oft geraten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch mittelfristige Innovationen unter die Räder der finanzmarktgetriebenen Wirtschaft.

Die destruktive Kraft dieser Fondsökonomie ist unübersehbar und nicht länger akzeptabel.

Das erkennen mittlerweile sogar führende Vertreter der Finanzwirtschaft.

Allmählich gewinnt die Erkenntnis an Zustimmung, dass neue, verbindliche Spielregeln für die Finanzmärkte und ihre Akteure unverzichtbar sind.

Die Europäische Union muss hier zum Vorreiter werden.

Es geht um die Regulierung des Finanzmarktkapitalismus, der sich auch in Europa längst herausgebildet hat.

Rund ein Fünftel der weltweiten Wirtschaftsleistung wird in der EU erbracht.

Diese enorme wirtschaftliche Stärke zeigt:

Die Europäische Union kann die entscheidende Ebene für die demokratische Gestaltung der Globalisierung und der Finanzmärkte sein.

In diesem Sinne existieren vielfältige Vorschläge, die es aufzugreifen gilt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte es bei dieser groben Skizze einer reformpolitischen Erneuerung
des Europäischen Sozialmodells belassen.

Vieles gäbe es noch hinzuzufügen.

Etwa über die Rolle eines soziale Europas auf globaler Ebene.

Jeder weiß um die Wichtigkeit der inneren Ausgestaltung Europa für den
einzelnen und für uns. Aber wissen wir auch um die Verantwortung Europas
in der Welt.

Wir wollen Wohlstand in Europa, gleichwohl darf es uns nicht um eine Insel
des Wohlstands gehen, die sich hinter Zäunen vor Elend und Armut in der
Welt versteckt.

Europa hat Verantwortung in der Welt – die zur Überwindung des Krieges
und die zur Bekämpfung der Armut.

Dies bedeutet auch mehr europäisches Engagement zur Überwindung des
Hungers auf der Welt.

Dafür braucht es erheblich mehr Einsatz bei der Umsetzung der Millennium
Development Goals, durch die weltweit die Armut bis 2015 halbiert werden
soll.

Übrigens: 2015 – das ist in neun Jahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gewerkschaften in Deutschland, allen voran die IG Metall sind willens,
sich mit großem Engagement an die europäische Arbeit zu machen.

Doch dazu müssen auch wir zu neuen Überlegungen und Anstrengungen
bereit sein.

Zwar ist in den Gewerkschaften das Thema Europa vorangekommen, doch
ein selbstkritischer Blick auf uns zeigt:

Weniger in der Programmatik, doch in der Alltagspraxis weisen auch die
Gewerkschaften, weist auch die IG Metall einen gewissen
Europäisierungsrückstand auf.

Nicht, dass es nicht vielfältige Aktivitäten in den unterschiedlichsten Feldern
der Europapolitik gäbe.

Nicht, dass nicht unser europäischer Dachverband, der EMB, seit Jahren
gute und sehr engagierte und durchaus erfolgreiche Arbeit leistet.

Peter Scherrer wird morgen darüber berichten.

Wir fangen also nicht bei Null an – weiß Gott nicht!

Aber: Bekanntlich ist das Bessere der Feind des Guten.

Die Herausforderung liegt vor allem darin, Europa nicht als separates
Einzelthema für die Europaspezialisten zu behandeln.

Es geht vielmehr um die Europäisierung aller Dimensionen der
gewerkschaftlichen Politik.

Mit anderen Worten: Es geht um ein „europapolitisches Mainstreaming“, um die Berücksichtigung europäischer Aspekte in der tagtäglichen Arbeit.

Um hier voranzukommen werden wir ein Projekt „Europäisierung der IG Metall“ auflegen.

Wir werden beginnen mit der gemeinsamen Erarbeitung eines „Europapolitischen Memorandums der IG Metall“.

In diesem Memorandum werden wir unsere Vorschläge für eine solidarische Erneuerung des Europäischen Sozialmodells aufzeigen.

Wir werden Ansprüche an die Politik, aber auch an uns selbst formulieren.

Und wir werden Wege zur Umsetzung der gemachten Vorschläge skizzieren und zeigen, dass und wie machbar ist, was wir für notwendig halten.

Die Thesen, die sie auf ihren Plätzen vorgefunden haben, stellen einen ersten Aufschlag dar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben den festen Willen, Europa nicht den Verteilungs- und Machtinteressen einer kleinen Elite zu überlassen.

Wir wollen ein Europa zum Anfassen, ein Europa, das die Zustimmung, ja die Zuneigung der Menschen gewinnt.

In diese Richtung wollen wir wirken, mit der notwendigen Geduld, aber auch mit der erforderlichen Entschlossenheit.

Willy Brandt sagte einmal:

Mit Europa sei es (Zitat) „wie mit dem Liebesspiel der Elefanten:

Alles spielt sich auf hoher Ebene ab, wirbelt viel Staub auf - und es dauert sehr lange, bis etwas dabei herauskommt." (Zitat Ende)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sorgen wir dafür,

- dass Europa nicht nur auf hoher Ebene, sondern in unserer Alltagspraxis statt findet,

- dass uns der Staub nicht den klaren Blick auf das Notwendigen trübt,

- und dass es mit dem guten, dem sozialen und demokratischen Europa etwas schneller geht.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.